

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1902

155 (10.7.1902) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklamen 50 Pfg. Bei öfterer
Wiederholung entsprechender Rabatt.
Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaus an.

Redaktion und Expedition:
Hörstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Erscheint täglich mit Ausnahme
Sonn- und Feiertags und kostet
in Karlsruhe in's Haus gebracht
vierteljährlich 2 M. 60 Pfg.
(monatlich 55 Pfg., wenn in
der Expedition oder in den Agen-
turen abgeholt), durch die Post
bezogen vierteljährlich 3 M.
25 Pfg., mit Postgebühren 3 M. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit
entgegengenommen.

Post-Zeitungs-Liste 798.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Nr. 155. 2. Blatt.

Donnerstag, den 10. Juli

1902

Das neuebestete Ministerium des Innern betreffend.

Erste Rede des Abgeordneten Wader,
bei Beratung des Budgets des Ministeriums des
Innern, gehalten in der 49. Sitzung der zweiten
Kammer vom 11. März 1902.
(Stenographischer Wortlaut.)

Andere Charakter der Debatte als früher; größere Zurückhaltung; Gründe derselben.

Sehr geehrte Herren!

Der Beratungsgegenstand, der uns heute beschäftigt, hat in früheren Zeiten gewiss Anlaß gegeben und als Ausgangspunkt gewirkt von größeren Debatten politischen Charakters. Gewöhnlich war dabei die Erwähnung zu verzeichnen, daß es mehr oder weniger umfangreiche, mitunter auch recht warme Auseinandersetzungen und Zusammenstöße gegeben hat zwischen den Herren an der Regierungsbank und Mitgliedern dieses Hauses, ab und zu auf verschiedenen Seiten des Hauses oder wenigstens mit Mitgliedern der einen oder anderen Partei. Und so haben auch wir uns recht warm auseinandergesetzt und haben Diskussionen gehabt zwischen Ihnen und mir.

Man sollte meinen: die Situation, in der wir uns heute befinden, wäre dazu angetan, diese Erscheinungen wenigstens in etwas milderer Weise und milderer Form an uns vorüberziehen zu lassen, als es früher der Fall gewesen ist.

Der Herr Vorredner scheint offenbar dieser Meinung auch zu sein. Er hat ja die Dinge, die man dabei im Auge hat und haben muß, in einer Weise milde getroffen, daß man sagen muß: eine größere Zurückhaltung konnte man sich kaum auferlegen.

Ich bin nun auch der Meinung, daß man jetzt in diesem Moment über gewisse Dinge mit einer ausgeprägten Zurückhaltung sprechen kann. Ich bin aber nicht der Meinung, daß man so weit gehen kann oder so weit gehen soll, wie der Herr Vorredner zu glauben scheint. Die Meinungsverschiedenheit zwischen uns beiden oder wenigstens die Verschiedenheit in der Beurteilung der Dinge ist ja sehr erklärlich. Man braucht nicht tief eingeweiht zu sein in die politischen Verhältnisse unseres Landes, um es verständlich zu finden. Der Grund, warum es jeweils Zusammenstöße gegeben hat, lag — abgesehen davon, daß ja persönliche Veranlassung und persönliche Art, die den einen Gegenstand zur Erörterung zu bringen auch nicht außer Acht zu lassen ist — der Sache nach vor allem in der politischen Stellung des Ministeriums des Innern im Allgemeinen und lag dann insbesondere in der Stellungnahme des Ministeriums des Innern — mehr als in der Gesamtheit der Großen Regierung — zu bestimmten Fragen politischen Charakters, die im Vordergrund der Tagesarbeiten, die bei uns fröhlich sind.

I. Wechsel in der Gesamtregierung und im Ministerium des Innern.

Nun ist ja seit dem letzten Landtage in diesen Dingen ein unmerkbarer Wechsel eingetreten. Der Wechsel bezieht sich vor allem auf die Leitung dieses Ministeriums, das man als das politische Ministerium zu bezeichnen gewohnt war. Nun ist ein Wechsel, m. S., wenn er auch nur rein persönlichen Charakter gehabt hätte, an sich und namentlich nach den Umständen, unter denen er sich vollzogen hat, in jedem Falle von uns und wie ich annehme von der ganzen Seite dieses Hauses nur mit Freuden zu begrüßen. Wir haben ihn auch mit Freuden begrüßt, wenn man auch verschiedene Gründe genügt war, einzuwirken recht still und ausmerksam beobachtend zuzuwarten, wie die Dinge sich gestalten. Man mußte sich doch sagen: „unter allen Umständen besser als vorher“; unter allen Umständen ist es mit Genugthuung zu begrüßen.

Nun hat ja das Ministerium des Innern, wie ich bei anderer Gelegenheit hervorzuheben mir erlaubte, unter der neuen Leitung vor allem eine in inneren Dingen höchst wichtige Tatsache geschaffen. Invertierten hat das neue Ministerium bei den Wahlen eine Zurückhaltung sich auferlegt, bei den Landtagswahlen, wie wir sie in Jahrzehnten nicht zu verzeichnen gehabt haben. Ich bin nun selber auch der Meinung, daß „heißt“ einmal die politische Konstellation im Lande die Erklärung dafür bietet. Die Herren auf jener Seite des Hauses, die in einer hochwichtigen Frage, bezüglich welcher wir mit der Großen Regierung und mit dem Ministerium des Innern speziell harte Kämpfe auszufechten hatten, waren ja dem Wesen nach in dieser Frage immer auf gleichem Boden wie die Großen Regierung selbst — dem Wesen nach wiederholte ich, zu der Zeit zwischen dem letzten und dem gegenwärtigen Landtage haben sie ihre Stellungnahme ziemlich bedeutungsvoll geändert. Wenn die Regierung in dieser Frage auf dem gleichen Boden blieb, auf dem sie sich vorher befunden hatte, war sie wirklich in Verlegenheit, die Wahlkandidaten zu finden, die für ihre Unterstützung als besonders empfehlenswert erschienen mußten. Das muß man jedenfalls zur Erklärung mit in Betracht ziehen. Wir wollen aber gerne annehmen, und ich persönlich bin der Meinung, wir haben auch Gründe dafür, daß über das hinaus auch noch andere Erwägungen eine Rolle gespielt haben.

Ich bin selber der Meinung, und sie wird in weiten Kreisen meiner Partei geteilt, daß wir wirklich vor einem Anfang, vor einem bedeutungsvollen Anfang einer politischen Lage uns befinden haben, in welcher man von der Gesamtheit der Großen Regierung, auch vom Ministerium des Innern sagen konnte: sie nicht sich in die eigentlichen Parteikämpfe nicht ein-

Die eine Partei ist ihr so werthvoll und förderungs-würdig wie die andere, je nachdem eben deren Bestrebungen ihre Billigung finden können oder nicht. Und das, m. S., ist eine hohe bedeutungsvolle Erscheinung. Wenn man der Meinung war, daß damit ein guter Anfang einer anderen politischen Stellungnahme des Ministeriums des Innern gemacht ist, dann mußte man sie natürlich um so mehr mit Genugthuung begrüßen. Und sie mußte Einem hinreichender Grund sein, den kommenden Tagen des Ministeriums des Innern mit gewissen Vertrauen entgegenzusehen.

Ich glaube nun allerdings auch bei dieser Gelegenheit hervorheben zu sollen, daß wenn man auch von dem Ministerium selbst wird sagen können, daß seine Zurückhaltung gegenüber den Wahlen eine ganz ausgeprägte war und kaum etwas zu wünschen übrig ließ, man doch nicht das Gleiche von allen Organen sagen kann, die diesem Ministerium unterstellt sind. Es ist eine zweifelhafte Tatsache, daß da und dort Verwaltungsbeamte auch im Jahre 1901 in derselben Richtung, in derselben einseitigen Weise in die Wahlkämpfe sich eingemischt haben, wie es in früheren Zeiten der Fall gewesen ist. Ich habe aber früher schon bemerkt: man muß eben mit der menschlichen und sehr verständlichen Erscheinung rechnen, daß Abgewandtes nicht von heute auf morgen abgelegt wird, und daß es auch nicht Jedermann in gleicher Weise gegeben ist, die Strömung in der Residenz von sich aus zu rechter Zeit zu verstehen und in rechter Weise zu deuten. Ich denke, wenn ich mich in der Beurteilung dieser Zurückhaltung des Ministeriums nicht täusche, daß man dann bei den kommenden Wahlkämpfen verdoelkommen sein wird, was im Jahre 1901 zum ersten Male in die Erscheinung getreten ist.

II. Zur Wahlrechtsfrage.

Nun, m. S., ist es ja zweifellos auch meine Meinung, daß wir lange eingehende Debatten über die große Wahlrechtsfrage und was damit zusammenhängt, heute nicht zu führen brauchen und wohl am besten thun, wenn wir sie auch tatsächlich nicht führen. Wir werden ja Gelegenheiten haben, in der eingehendsten Weise uns darüber auszusprechen. Aber ich glaube doch hervorheben zu müssen, daß die Große Regierung sich sehr täuschen wird, und auch das Ministerium des Innern, wenn es etwa der Meinung Raum geben wollte, daß wir vom Centrum — auch im Namen Anderer zu sprechen, bin ich nicht berufen — heute mit weniger Interesse, mit weniger Hebezugskraft und weniger Energie unseren Standpunkt vertreten, als es gestern der Fall gewesen ist. Heute sind wir, wie es gestern der Fall gewesen ist, der Meinung, daß diese Frage nicht ruht und nicht ruhen darf, daß sie eine Streitfrage bedenklichen Charakters bleiben wird, so lange die Große Regierung sich nicht dazu entschließt, ihrerseits die Hand zu ihrer Erledigung zu bieten.

Der Unterschied zwischen gestern und heute liegt mir darin, daß wir jetzt einem neuen Ministerium des Innern, wie einer neuen Regierung gegenüberstehen, die unter besonderen Umständen ins Leben getreten ist. Und das empfindet es sich ja im Allgemeinen für alle Politiker, daß sie nicht gleich mit den schwersten Trümpfen kommen. Wir haben es ja auch den Vorgängern des gegenwärtigen Ministeriums gegenüber zu gehalten. Es hat lange gedauert, bis gegenüber zu dem Moment, in welchem wir in Form eines Witz- und Satirebuches unsere Stellung markierten. Wenn man nach jahrelangen Kämpfen, nach jahrelangen Taten des Nichtvollens an der Regierungsbank im Jahre 1898 dazugesprochen ist, so möge man doch ja im Ministerium des Innern nicht glauben, daß es zu Solchem nicht wieder kommen könnte. Man möge aber auch nicht glauben, daß in der gleichen Frage das Zurückwärtigen so lange andauert, wie es gedauert hat bis zum Jahre 1898.

Wir verlangen heute genau wie gestern die Einführung des direkten, des allgemeinen, gleichen Wahlrechts ohne Kantelen und ohne etwachen Nebenliches wie Kantelen.

Und auch die Frage des Gemeindefortschritts wird nicht ruhen, bis wenigstens die Grenze zugegeben ist, die von den Parteien des Hauses, welche immer auf diesem Boden gestanden sind, als annehmbar angesehen wird.

Sinter dieser Frage, m. S., wie man sich zur Frage des Wahlrechts an sich stellt, ist ja noch eine hochbedeutungsvolle, staatsrechtliche Frage nicht zu übersehen: die Frage nämlich, ob und in welchem Umfang die Große Regierung geneigt ist, stammesbeschränkten Regierung zu tragen. Die Herren Vertreter der Großen Regierung werden sich nicht verhehlen dürfen, daß man auch an vergangene Zeiten sich zurückerinnert und sich die Frage vorlegt, wie es früher gegangen hat, wenn die Regierung vor die Frage gestellt wurde, ob und wie sie Wünsche und Beschlüsse dieses hohen Hauses berücksichtigen will. Und, m. S., wenn es Jahrzehnte hindurch in einer ziemlich großen Zahl von Fällen zu verzeichnen war, daß die Große Regierung auch dann, wenn ihre Meinung nicht ganz damit harmonierte und ihre Wünsche nicht ganz mit dem Einklang fanden, was die Volksweltung in ihrer großen Mehrheit wollte, ohne besondere Umstände und ohne langes Sträuben das Entgegenkommen zur Parole machte: wenn das zu verzeichnen ist, m. S., so wird man natürlich auch Schlussfolgerungen daraus ziehen, wenn nur auf einmal einer anderen Seite des Hauses, einer anders zusammengesetzten Mehrheit dieses Hauses gegenüber eine direkt entgegengelegte Praxis auf die Dauer Platz greifen wollte. In meinen Augen ist diese staatsrechtliche Frage: ob und wie die Große Regierung geneigt ist, Mehrheitsbeschlüsse dieses Hauses zu beachten,

namentlich wenn es sich um Beschlüsse handelt, die von einer großen Mehrheit gefaßt sind, diese Frage ist meines Erachtens in den Vordergrund gestellt. Und wenn es gelang, daß wir auf diesem Landtage in der Frage des Wahlrechts zu einmütigen Beschlüssen kommen sollten, wie es ja schon einmal der Fall gewesen ist, dann ist nahezu einmütig, wenn es gelingen sollte, zu einmütigen Beschlüssen zu kommen — und wenn es uns vom Centrum irgendetwas möglich erscheint, so werden wir uns nabeliegenden Gründen es jedenfalls nicht ersparen — dann weiß ich nicht, ob die Große Regierung einem kommenden Landtage gegenüber in der gleichen für sie angenehmen und günstigen Situation sich befinden, wenn sie auf ihrem absolut ablehnenden Standpunkt verharren würde.

M. S., man war es gewohnt, das Ministerium des Innern als das politische Ministerium in einem gewissen Sinne zu bezeichnen. Dieser Bezeichnung hat jeweils ein hervorragender Vertreter der politischen Richtung jener Seite des Hauses Ausdruck gegeben. Ich möchte annehmen, daß wir auch in dieser Beziehung einen Anfang zum Besseren zu verzeichnen haben, und daß, wenn auch politische Fragen im Arbeitsgebiete des Ministeriums des Innern liegen und von diesem Ministerium gefördert und erledigt werden müssen, man doch nicht mehr in dem Sinne als einem politischen Ministerium von dem Ministerium des Innern wird reden müssen, daß es nur für eine bestimmte politische Richtung einladend sein kann, als Arbeiter auf diesem Gebiete der Staatsverwaltung sich einbringen zu lassen.

III. Zutritt zu den Verwaltungsstellen die dem Ministerium des Innern unterstehen.

Der Herr Kollege Widens hat heute — und er befindet sich da ja im Einklang mit dem, was auch Seitens des Herrn Ministers des Innern schon hervorzuheben wurde — eine Klage angestellt über mangelhaften Zugang aus dem Gebiete der Verwaltung. Es ist schon bei anderen Gelegenheiten, auf früheren Landtagen, und auch auf diesem, über diesen Punkt gesprochen worden. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich über eine Hauptursache eine bestimmte Meinung ausspreche, die übrigens namentlich in solchen Kreisen geteilt wird, die diesen Dingen recht nahe stehen. Ich glaube, m. S., den Zugang zu den Verwaltungsstellen, die dem Ministerium des Innern unterstellt sind, wird sich von dem Augenblick an verbessern, in welchem Jeder, er mag einer Konfession angehören, welcher er will, und seine Zugehörigkeit präzisieren, wie er will, und er mag einer politischen Richtung angehören, welcher er will, von dem Augenblick an, in welchem er mit Grund sagen kann: wie Andere, die meine Richtung nicht theilen, deswegen mit ihren Beförderungsaussichten nicht voran sind, so habe ich nicht zu befürchten, daß ich deswegen zurückbleibe, weil ich konfessionell, in religiöser und politischer Beziehung nicht so oder so stelle. Ich glaube: je mehr man sich dazu entschließt, diesen Boden zu betreten, desto weniger wird auch die Sorge wegen des Zugangs noch eine Rolle spielen, desto mehr wird diese Frage aus der Welt geschafft werden können. Ich meine auch, m. S., die Zeitverhältnisse im Allgemeinen seien dazu angetan, derartige Anschauungen als richtig anzuerkennen und, soweit man kann, in die Praxis zu überlegen. Wer mit offenen Augen die Entwicklung unserer öffentlichen Verhältnisse seit Jahren betrachtet, der braucht ja in das Detail der Arbeiten, die dem Ministerium des Innern und seinen mannigfachen Organen obliegen, nicht besonders eingeweiht zu sein, um wahrzunehmen zu können, wie wahr es ist, was heute auch Seitens des Herrn Abg. Widens betont wurde: daß die Arbeiten sich an Umfang und an Mannigfaltigkeit unvorhältnismäßig erweitert haben. Das gilt wohl für alle Stellen; das gilt wohl für alle Arbeiten auf dem Gebiete, auf welchem das Ministerium des Innern in Frage kommt. Wir haben ja allen Anlaß, von dem Herrn Vorgänger, des gegenwärtigen Herrn Minister des Innern nicht bloß das Lobend hervorzuheben, daß er im Allgemeinen wirtschaftlichen Interesse mit denen, die mit ihm zu arbeiten berufen waren, mit dem anerkanntenswerthen Eifer gefördert hat, sondern auch etwas Anderes, was er allerdings als Erbe übernommen hat: daß er das denkbar beste Beispiel einer unermüdeten Arbeitslust gegeben und auch eine staunenswerthe Arbeitskraft — dieses letztere Beispiel kann ja nicht Jedermann nachahmen; es muß ihm die Möglichkeit dazu gegeben sein — an den Tag legte. Das wird Niemand bestreiten können, daß auf dem Gebiete des Ministeriums des Innern insbesondere die Mitglieder desselben nach allen Richtungen hin mit Arbeiten reichlich beladen sind. Und wenn vor nicht so vielen Jahrzehnten gesagt werden konnte, daß es für verschiedene Organe dieses Ministeriums draußen im Lande häufig an Arbeit gefehlt hat: heute wird man es kaum noch sagen können. Nun, diese Tatsache sucht und findet ihre Erklärung eben darin, daß das Arbeitsgebiet dieses Ministeriums an Umfang und an Art sich eben unvorhältnismäßig erweitert hat. Mehr als jedes andere Ministerium ist es dazu berufen, in alle möglichen Verhältnisse einzugreifen: mehr als jedes andere Ministerium deswegen auch darauf angewiesen, daß seine mannigfaltigen Beziehungen im öffentlichen Leben, sei es zu Kreisen, Gemeinden, sei es zu anderen Organisationen, sei es auch zu privaten, daß diese mannigfaltigen Beziehungen in möglichst freundlicher und schonender Weise gepflegt werden; und daß da insbesondere auch wirklich Alles gesammelt wird, was draußen im Lande an guten Arbeitskräften sich findet. Wenn man dieser Meinung ist, m. S., dann muß man es als ein dringendes Bedürfnis bezeichnen, daß die Organe des

Ministeriums des Innern auch eine weitgehende Befähigung und den guten Willen an den Tag legen, so recht praktisch im öffentlichen Leben sich zu zeigen, um mit den verschiedenen Massen der Bevölkerung in ihren mannigfaltigen Verhältnissen zu denken und zu fühlen. Und man wird es als sehr wünschenswert bezeichnen müssen, daß die Organe dieses Ministeriums thun, was in ihren Kräften steht, um Alles anzuziehen und Allen es zu erleichtern, was in den Dienst der Allgemeinheit im öffentlichen Leben sich stellen will — unbeschadet der Verschiedenheit der Konfessionen, unbeschadet der verschiedenen politischen Anschauungen. Man braucht dabei nicht einmal speziell an das eine soziale Gebiet zu denken; es gilt ja auch für andere Gebiete.

IV. Feldzug eines Amtsvorstandes gegen die katholischen Krankenschwestern.

Wenn man nun dieser Meinung ist, dann wird man es um so bedauerlicher finden, — nicht bloß bedauerlich an sich, sondern auch bedauerlich unter dem Gesichtsbunkte der Interessen, deren Förderung eine Obliegenheit, eine der schönsten Aufgaben des Ministeriums des Innern ist, wenn einzelne Organe mehr oder weniger stark dagegen stehen.

Und ich bin in der Lage Klage darüber führen zu müssen, daß wenigstens eines dieser Organe in sehr starker Weise nach dieser Richtung hin gefehlt hat.

Es sind fast zwei Jahre her, daß ein Amtsvorstand, ein Großh. Badischer Amtsvorstand folgendes Erlass für zeitgemäß gefunden hat, an den Bezirksarzt des betreffenden Amtsbezirks gerichtet. Ich möchte mir gestatten, denselben in seinem vollen Wortlaut zu verlesen. Er ist sehr groß nicht. Ich habe mir selber eine Abschrift genommen und bin bereit, meine Abschrift, die von mir selbst niedergeschriebene Abschrift, unter Umständen nachher zur Verfügung zu stellen, wenn es gewünscht wird:

„Die Niederlassung von Kranken- und Schulschwwestern nimmt, gefördert von der katholischen Geistlichkeit, im A. Bez. Waldshut erhebliche zu. Seit an jedem Pfarrort sind Schwestern-Niederlassungen entstanden, für welche meist eigene Gebäude bereit gestellt sind, in denen sich nicht nur Wohnräume für die Schwestern, sondern zumeist auch Räume für Kleinkinderbewahranstalten befinden.“

Wir standen der Vereinigung von Kranken- und Lohnschwwestern von vornherein ablehnend gegenüber, als noch nicht zu erwarten stand, daß diese Niederlassungen so zahlreich werden würden, und daß dann die im einzelnen Falle geübte Praxis im A. Bez. Waldshut, hat der Große Oberlehrer, dem die Aufsicht der städtischen Schulen obliegt, in der Sache noch keinen bestimmten Standpunkt eingenommen, wir schloßen aber aus der zugelassenen Duldung die Vereinigung von Kranken- und Lehrschwwestern in einem Schwesternhaus mit Schullokal nicht beanstandet zu werden scheint.

Nach den nunmehr gemachten Erfahrungen widmen sich auch die Lehrschwwestern neben den Krankenschwestern im Notfall der Krankenpflege in den Dörfern und unterstützen die letzteren insbesondere bei der Nachtwache. Dadurch ist die Verbreitung von Krankheiten zweifellos begünstigt. Die Geistlichen weisen allerdings die gemachten Einwendungen damit zurück, daß Einzelfälle von Anstellung durch Schwestern in letzter Zeit nicht vorgekommen sind. Man muß aber mit der nabeliegenden Möglichkeit rechnen.“

Und nun bitte ich Sie, Folgendes besonders zu beachten: „Die Krankenschwestern fassen mit ihrer zweifelhaftein Klart immer mehr Fuß unter der Bevölkerung, weil religiöse Momente mit hereinspielen. Sie richten auch insbesondere bei Kinderkrankheiten viel Unheil an, und es ist ein reines Glück, daß dieselben nicht der Wöchnerinnen sich annehmen können.“

Wir beabsichtigen nun, bei Große Ministerium des Innern vorkünftig zu werden, um einen festen Standpunkt dieser Einrichtung gegenüber zu finden. Zunächst eruchen wir Em. Hochwohlgeborenen im Benehmen mit den Herren Ärzten des Bezirkes die Erfahrungen mit den Krankenschwestern und insbesondere mit der gemeinsamen Hausung der Kranken- und Lehrschwwestern zusammenzustellen und uns etwa nach Anfluß eines halbjährigen Mittelweges über die Erfahrungen gefälligst zu melden.“

Ich bitte nun, die Stelle wieder zu beachten, die ich jetzt lese; sie ist zugleich die kurze Schlussstelle: „Der ärztliche Stand ist dabei weitestgehend interessiert, ob das Feld der Kurpfuherei durch die Schwesternpraxis noch erweitert werden soll.“

M. S., dieser Erlass, der anscheinend der Gefahr zu begegnen sucht, die darin gelegen sein soll, daß Schwestern, welche mit der Kinderhut — um die wird es sich ja gewöhnlich handeln — sich beschäftigen, im gleichen Hause mit den eigentlichen Krankenschwestern wohnen, und daß in einem solchen Hause auch ein Raum, ein Saal für die Kinder sich befindet, die da ihre Hut finden sollen, und namentlich, wenn solche Schwestern, die mit der Kinderhut betraut werden, in Nothfällen — es heißt hier ausdrücklich „in Nothfällen“ — Anshilfe leisten. Anscheinend will der Erlass dieser Gefahr begegnen. Man kann aber nicht in Worte stellen, wenn man den Wortlaut sich vergegenwärtigt, daß der Erlass in einer äußerst verlegenden

*) Der Erlass, der „Bände spricht“, ist von dem nunmehr zum Ministerialrat beförderten Amtsvorstand unterzeichnet und hat folgenden Kopf:

„Waldshut 21. April 1900.
Die Niederlassung von Kranken- und Schulschwwestern im Amtsbezirk Waldshut betr.
An Große Herrn Bezirksarzt Dr. War in Waldshut.“

gegen die Krankenschwestern im Allgemeinen...

Ich meine, m. S., im ganzen Lande Anspruch auf das Recht für die katholischen Krankenschwestern...

Ich bin auch überzeugt, m. S., daß die Mehrzahl der Amtsvorstände dieser Frage gegenüber eine andere Stellung einnehmen...

Ich möchte annehmen, daß es der Großh. Regierung nicht ganz unerwünscht ist, Gelegenheit zu bekommen...

V. Das Ministerium des Innern und das Aufsichtsrecht über die Gemeinden.

Nun, m. S., hat der Herr Kollege Bildens, der sich bezüglich der politischen Fragen so erstaunlich große Zurückhaltung aufgelegt, einige andere Fragen zur Erörterung gestellt...

Und man wird dabei auch an die kleineren Gemeinden auf dem Lande denken können. Die Beziehungen sind ja mannigfaltiger geworden...

VI. Besondere Gehalts-Anforderung für die Amtsvorstände größerer Städte betreffend.

Der Herr Abg. Bildens hat es nun bedauert, daß ein langjähriger Gedanke und Wunsch des Ministeriums des Innern auch bei der Mehrheit der Budgetkommission auf besondere Sympathie nicht gefunden ist...

delt. Ich glaube, daß es richtig ist, was man hört: daß weit über die Kreise der Volksvertretung hinaus es noch Freunde unserer Haltung...

Der Herr Kollege Bildens hat nun einige Momente in's Treffen geführt, um sein Bedauern zu erklären...

Er hat einmal vor Allen die Thatfache festgestellt zu sollen geglaubt, daß der Zugang nachgelassen hat. Ich bin nicht in der Lage, das beurteilen zu können...

Nun hat der Herr Kollege Bildens aber bei dieser Gelegenheit einen Gedanken ausgesprochen, von dem ich allerdings meine, daß er nicht ganz unbegründet ist...

Meine Herren! Das wird man doch sagen können, daß Nahrungsfragen bei den Beamten, wie sie hier in Frage kommen, nicht existieren. Natürlich sollen sie auch nicht existieren...

Es wird mir berichtet, m. S., daß bezüglich eines anderen Punktes, das Abmancement betreffend, die Möglichkeit des Vorrückens betr. es bei den Beamten, welche der Herr Kollege Bildens im Auge hatte...

Der Herr Kollege Bildens hat dann betont, daß eben die Arbeit bedeutend zugenommen habe. Das unterliegt keinem Zweifel: das habe ich ja selbst bereits hervorgehoben...

Der Herr Kollege Bildens hat dann gesagt, diese Beamten hätten dem Publikum gegenüber zu sehr eine exponierte Stellung und wenn sie dabei an die richterliche Unabhängigkeit denken...

Der Herr Kollege Bildens hat dann gesagt, diese Beamten hätten dem Publikum gegenüber zu sehr eine exponierte Stellung und wenn sie dabei an die richterliche Unabhängigkeit denken...

betrifft, so wird man mir doch nicht widersprechen können, wenn ich vorhin glaube in einem anderen Zusammenhang die Thatfache festgestellt zu können...

Was der Herr Kollege Bildens sonst über das Gebiet der inneren Verwaltung gesagt hat, speziell über die Bezüge der Schutzmannschaften und daß es wünschenswert wäre, die Erbauung von Dienstwohnungen für dieselben in's Auge zu fassen...

Damit schließe ich, m. S., indem ich noch den Wunsch äußere: wir möchten, wenn die großen Fragen an die Reihe kommen...

* Die deutsche Gewerkschaftsorganisation im Jahre 1901.

In der vorigen Woche tagten die christlichen Gewerkschaften in München, vor zwei Wochen die freien Gewerkschaften in Stuttgart...

Es trifft sich gerade recht, daß zu derselben Zeit, wo der in Stuttgart abgehaltene 4. Kongreß der freien Gewerkschaften den Wid'ner Kreis auf diese Organisationen gelenkt hat...

Für dieses Jahr erweist der Bericht des 'Korrespondenzblattes' noch ein besonderes Interesse. Erhebungsgegenstand ist wohl keine Ursache so geeignet, eine gewerkschaftliche Organisation durch den Austritt ihrer Mitglieder zu zertrümmern...

Die Gewerkschaften sind zu stark betroffen hat. Unter guten wirtschaftlichen Verhältnissen würden zweifellos die Gewerkschaften an Mitgliedern gewinnen haben, unter ungünstigen wird man im Allgemeinen...

Angelagt wegen Unrechtmäßigkeit und Betrugs war der in Forchheim wohnhafte Schneider Georg K... aus Sternfels. Der Angeklagte hatte im Laufe des vorigen und im Januar d. J. drei Wechsel im Betrag von 170 Mark und 200 Mark gefälscht...

Metallarbeiter 102 905, Maurer 80 869, Holzarbeiter 70 251, Bergarbeiter 38 042, Fabrikarbeiter 81 857, Buchdrucker 30 974, Textilarbeiter 28 836, Zimmerer 24 151, Schuhmacher 19 585, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 18 274, Fabrikarbeiter 17 737, Bauarbeiter 17 000, Schneider 16 769, Hafenarbeiter 13 719, Brauer 12 121, Maler 11 894, Buchbinder 9971, Steinarbeiter 9000, Metallarbeiter 8702, Tischler 7854, Glasarbeiter 7331, Lithographen und Steinbrüder 6530, Schmiede 6392, Wächter 6235, Maschinisten und Feiger 6000, Gemeindefreiarbeiter 5176, Leberarbeiter 4890, Bäcker 4651, Steinfeiger 4644, Bildhauer 4412, Tapezierer 4411, Sattler 4241, Handfärbereiarbeiter 3170, Werkarbeiter 3668, Kupferförmische 3525, Seelente 2996, Dachdecker 2961, Guttmacher 2810, Glaser 2595, Schiffszimmerer 2083, Gastwirtsgehilfen 1950, Studiente 1935, Müller 1838, Buchdruckergehilfen 1815, Engländer 1501, Fleischer 1454, Graveur 1380, Garenfortrater 1054, Handlungsgehilfen 900, Wäscher 850, Konditoren 814, Lagerhalter 625, Barbieren 515, Normierbede 355, Gärtner 323, Bureauangestellte 322 und Malierer 316.

Die Stärke einer Gewerkschaft macht jedoch nicht lediglich deren absolute Zahl aus, sondern ihr Verhältnis zu den in einem Berufe überhaupt vorhandenen. Nun ist es allerdings bei der Verschiedenheit der Gruppierung der Berufe in den gewerkschaftlichen Organisationen und der Berufszählung schwierig, Vergleiche anzustellen...

Es kommen dabei für die gewerkschaftlichen Centralverbände 4 977 765 Berufsangehörige (darunter 901 388 weibliche), die sich den einzelnen Organisationen anschließen lassen, und 38 228 Berufsangehörige in Frage, die nicht geschäftlich in der Gewerkschaftsliste ausgewiesen sind...

Bildhauer 73,53; Buchdrucker und Buchdruckergehilfen 72,06; Kupferförmische 54,24; Handfärbereiarbeiter 51,50 (nach Angabe des Vorstandes 81,4); Steinfeiger 45,34; Glaser 41,47; Hafenarbeiter 39,09; Lithographen und Steinbrüder 36,0; Schiffszimmerer und Werkarbeiter 35,7; Tapezierer 35,44; Maurer 34,08; Tischler 32,06; Gemeindefreiarbeiter 29,70; Brauer 28,64; Wächter 28,02; Bootschlösser 27,91; Vergolder 26,62; Studiente 25,43; Normierbede, Graveure und Eisenleute 25,16; Buchbinder 24,38; Zimmerer 23,71; Holzarbeiter 22,51; Guttmacher 21,08; Dachdecker 21,22; Glasarbeiter 21,09; Metallarbeiter 19,25; Maler 18,83; Schuhmacher 18,11; Zerkleinerer und Garenfortrater 17,98; Sattler 16,34; Maschinisten und Feiger 15,40; Seelente 14,43; Leberarbeiter 14,13; Wäscher 13,28; Bergarbeiter 10,15; Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 10,15; Steinarbeiter 9,25; Schneider 9,16; Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter 9,01; Konditoren 8,14; Schmiede 7,02; Bäcker 6,26; Bauarbeiter 5,34; Terrillarbeiter 4,82; Müller 4,0; Barbieren 3,27; Fleischer 2,00; Gärtner 0,58; Handlungsgehilfen und Lagerhalter 0,53; Gastwirtsgehilfen 0,51.

Je intelligenter der Arbeiter, desto eher wird er sich einer Gewerkschaft anschließen. Nach diesem Grundsatze wird man auch obige Angaben im Allgemeinen beurteilen dürfen, wenn auch für manche Berufe noch andere Verhältnisse in Betracht kommen...

Da seit dem Jahre 1895 die gleiche Zahl der Berufsangehörigen für die Berechnung verwendet ist, so zeigt der Prozentfuß, der von den Berufsangehörigen organisiert ist, zugleich auch die Entwicklung der freien Organisationen. Im Jahre 1895 umfaßten die sämtlichen Organisationen 5,15 pCt., 1896 6,53 pCt., 1897 8,19 pCt., 1898 9,84 pCt., 1899 11,57 pCt., 1900 13,56 pCt. und 1901 13,51 pCt. der Berufsangehörigen.

Erwähnt sei noch, welche Entwicklung das 'Korrespondenzblatt' für das Jahr 1902 im Aussicht stellt. Das Blatt glaubt in jener Annahme nicht sehr zu gehen, daß auch im Jahre 1902 sich die Lage der Gewerkschaften nicht ungunstiger gestalten wird...

Aus dem Gerichtssaal.

E. Sitzung der Strafkammer II vom 5. Juli. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Eigel. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Schlimm.

Die Verhandlung der heute zur Verhandlung gelangten Fälle waren Verurteilungen. Derselben fanden durch folgende Urtheile ihre Erledigung: Weichenbacher Leopold...

Manheim, 8. Juli. Das hiesige Schwurgericht verurtheilt gestern die Armenhändlerin Anna Herrmann aus Strauchheim, die ihre drei kleinen Kinder durch Einlegen der Stecknadel tödtete, wegen Tödtungsschlusses zu 13 Jahren Zuchthaus, den Ghemann wegen Beihilfe zu 3 1/2 Jahren Gefängnis.

Verantwortlich: Für den politischen Theil: Sozialredaktor Mecher. — Für kleine bayerische Chronik, Lokal- und Vertriebsnachrichten und Gerichtsblatt: Hermann Wacker. — Für Feuilleton, Theater, Concerte, Kunst und Wissenschaft: Heinrich Vogel. — Amütliche in Karlsruhe: Rotations-Druck und Verlag der Allgemeinen Zeitung, Baden in Karlsruhe, Alsterstraße 42, Heinrich Vogel, Director.